

Das Sparen allein macht die Renten nicht sicherer

Nur mit Wachstum können wir die demographische Entwicklung abfangen. Weder das Umlageverfahren noch das Kapitaldeckungsverfahren vermögen die Finanzierungsprobleme unserer Altersversicherung zu lösen



Die Situation heute: Die Rente jeder Rentnerin und jedes Rentners wird von je vier Erwerbstätigen erarbeitet.



Die Situation morgen: Für jede Rentnerin und jeden Rentner stehen nur noch zwei Erwerbstätige zur Verfügung. Es braucht andere Finanzierungs- und Verteilungsmodelle.

Banken und Versicherungen rufen die Schweizer und alle andern Europäer zum Sparen auf, weil sonst eine riesige Rentenlücke drohe. Doch Sparen ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems.

Werner Vontobel

Seit kürzlich die Meldung durch die Presse ging, dass die in der Schweiz lebenden Frauen im Schnitt nur noch 1,48 Kinder zur Welt bringen, macht das Thema wieder vermehrt Schlagzeilen: Der immer grösser werdende Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung bedroht unsere Pensionen. Auch die Banken und Versicherungen haben die Marktlücke entdeckt. Sie empfehlen ihre steuerbegünstigten Sparprodukte und Anlagefonds als sichere Bastion gegen den drohenden Zerfall der Renten.

Ihre Beweisführung ist einfach und von scheinbar zwingender Logik. In einem Artikel in der NZZ argumentiert etwa der Chefökonom der Swiss Re, Thomas Trauth, so: «Während 1995 in der Schweiz jedem Rentner noch 4,5 Personen im Erwerbsalter gegenübergestanden sind, wird diese Zahl auf 2 Personen im Jahre 2030 sinken.»

Diese demografische Entwicklung hat für ein reines Umlageverfahren unbestreitbar gravierende Folgen: Eine Verringerung des Aktiven-Rentner-Verhältnisses von 4,5 auf 2 bedeutet, dass entweder

die Lohnprozente für die Rente mehr als verdoppelt oder aber die Renten mehr als halbiert werden müssten. Die Banken stellen denselben Sachverhalt lieber anders dar. Sie rechnen aus, wie viel zusätzliches Sparkapital ein Land haben müsste, um die bisher im Umlageverfahren finanzierten Renten aus dem Zinseszins zu bezahlen. Diese so genannten Nettopensionsverbindlichkeiten betragen gemäss Re in Frankreich und in Deutschland jeweils rund 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Verwaltung dieser Summe würde dem Finanzsektor Einnahmen von rund 100 Milliarden Franken bringen.

Kein Wunder, setzt sich die Finanzindustrie vehement dafür ein, die demografische Lücke durch vermehrtes Sparen zu überbrücken. Dazu Trauth: «Für das Kapitaldeckungsverfahren spricht, dass es deutlich weniger anfällig für demografische Veränderungen ist und höhere Renten als das Umlageverfahren bietet.» Um wie viel die Renten höher ausfallen, hat Professor Tobias Studer von der Universität Basel in einer Studie für den Bankverein ausgerechnet. Danach erfordert ein Umlageverfahren bei gleicher Rente rund anderthalbmal so hohe Beiträge wie das Kapitaldeckungsverfahren, weil bei diesem die Beiträge einige Jahrzehnte lang am Zins liegen, und dieser ist um rund 2 Prozent höher als das Wachstum der Löhne.

bleibt, und es wird durch die blähende Wirkung der Zinseszinsen noch verschärft statt vermindert.

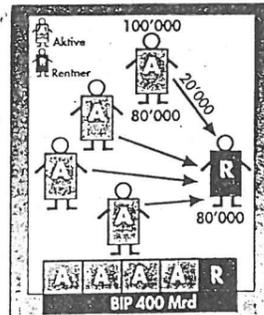
Das Sparen nützt höchstens dann etwas, wenn mit dem Geld der physische Kapitalstock (Fabriken, Maschinen) der Schweiz so ausgebaut wird, dass die wenigen Aktiven von morgen sich selbst und die vielen Rentner locker versorgen können. Dieser Aufbau wird jedoch durch übertriebene Sparanstrengungen genauso verzögert wie durch zu geringe Ersparnisse: Wenn heute noch weniger konsumiert und noch mehr gespart wird, werden die Unternehmer auf die abnehmende Nachfrage mit sinkenden realen Investitionen reagieren. Der Kapitalstock nimmt nicht zu, sondern ab.

In einem redaktionellen Plädoyer für das Kapitaldeckungsverfahren Ende August hat die NZZ dieses Problem erkannt und folgende Lösung vorgeschlagen: «Dieser Tatsache kann durch erhöhte Auslandsinvestitionen in hohem Masse entgegengewirkt werden.» Im Klartext: Die Schweiz hortet Guthaben im Ausland, damit wir später die Renten mit importierten Gütern «füttern» können.

Doch dieser Kanal ist leider total verstopft. Erstens haben ausnahmslos alle industrialisierten Staaten – wenn auch in unterschiedlichem Ausmass – dasselbe demografische Problem. Sie alle müssten also per saldo Kapital exportieren und Guthaben anhäufen.

Finanzierung heute und morgen (schematische Darstellung)

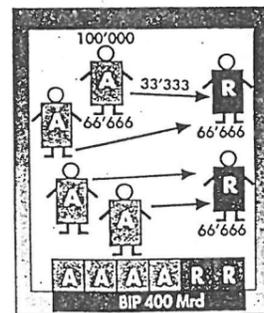
- 4 Millionen Aktive
- 1 Million Rentner
- 400 Milliarden BIP



Umlageverfahren

Das Einkommen der Rentner wird durch Lohnprozente der Aktiven bestritten. Beispiel: Die 4 Millionen Aktiven mit ihrem Lohn von je 100'000 treten den Rentnern 20 Prozent ab, damit diese ihren Lebensstandard halten können. Folge: Alle haben 80'000 Franken Einkommen.

- 4 Millionen Aktive
- 2 Millionen Rentner
- 400 Milliarden BIP



Umlageverfahren

Beispiel: Mit der Zunahme der Rentner (von 1 auf 2 Millionen) müssen – wenn die Rentner ihren Lebensstandard halten sollen – die Lohnabzüge der Aktiven steigen. Verteilungsproblem: Weil auf immer noch 4 Millionen Aktive 2 Millionen Rentner kommen, müssen den Aktiven 33,3 Prozent ihres Lohnes abgezogen werden. Folge: Alle haben 66'600 Einkommen, also 13'400 (oder 16,8 Prozent) weniger als zuvor.



Kapitaldeckungsverfahren

Beispiel: Jeder Aktive bringt während 45 Jahren 20 Prozent seines Lohnes auf die Bank. Folge: Bei der Pensionierung hat jeder ein Guthaben von 1'440'000, bzw. eine Jahresrente von 88'000 während 20 Jahren. Verteilungsproblem: Weil die Renten durch die Verzinsung wachsen und dadurch die Konsumnachfrage der Rentner steigt, öffnet sich zwischen

Was Studer nicht sagt, ist dies: Mit diesen 160 Milliarden hätten die Rentner damals fast 60 Prozent des gesamten Konsums für sich beanspruchen können. Inzwischen sind ihre Möglichkeiten, den Aktiven die Butter vom Brot zu nehmen, gewaltig gestiegen: Allein an der Börse sind die heutigen und künftigen Rentner seit damals noch einmal um gut 500 Milliarden Franken reicher geworden.

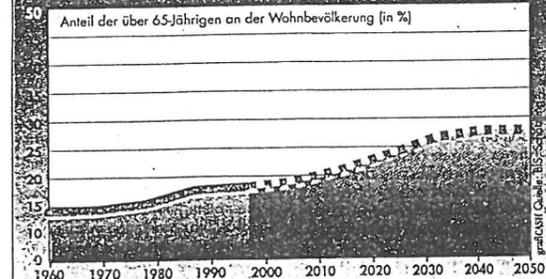
Die ungleiche Verteilung des Geldes ist das Problem

Für die Aktiven läuft der Trend derweil in die andere Richtung. Das beweist unter anderem eine Analyse der kantonalerweiserischen Steuerstatistik: Danach sind die Vermögen zwischen 1991 und 1995 real um 28 Prozent gestiegen. Obwohl damit auch die laufenden Kapitalerträge deutlich zugenommen haben dürften, haben die gesamten laufenden Einkommen real um 2,8 Prozent abgenommen. Die Arbeitseinkommen der Aktiven müssen also deutlich gesunken sein.

Fazit: Das Rentenproblem besteht also nicht darin, dass die Rentner insgesamt zu wenig, sondern darin, dass sie (im Verhältnis zu den Aktiven) zu viel Geld haben. Dieses «zu viel» ist ausserdem (wie auch Professor Studer einräumt) noch sehr ungleich verteilt. Gemäss der Zürcher Steuerstatistik verfügt das reichste Prozent der Steuerpflichtigen über gut 30 Prozent und das reichste Drittel über fast das gesamte Vermögen. Für den grossen Rest bleibt gerade noch ein Anteil von 6 Prozent. Praktisch ist also nur eine Minderheit der Bevölkerung überhaupt in der Lage, durch eigene Ersparnisse genügend für das Alter vorzusorgen. Die grosse Mehrheit ist auf die AHV bzw. auf das Umlageverfahren angewiesen.

Dieses ist übrigens sehr wohl in der Lage, das Problem der Rentenlücke zu lösen. Zwar ist das Anwachsen des älteren Teils der Bevölkerung eine Tatsache. Ebenso unbestritten ist jedoch, dass es erstens langsam kommt und dass in der Zwischenzeit mindestens 1,5 Prozent Wachstum pro Jahr möglich sind. Wenn es gelingt, diesen Zuwachs richtig zu verteilen, können Rentner und Aktive den Gürtel viel weiter schnallen.

Die Zahl der Rentner steigt stetig



Ungefähr jeder Sechste der Schweizer Wohnbevölkerung ist heute im Pensionsalter. In dreissig Jahren wird es jeder Vierte sein. Das Umlageverfahren der AHV stösst damit an seine Grenzen.

Lösungsansatz durch Wachstum

Da der Prozess der Überalterung Jahrzehnte dauert und die Wirtschaft in dieser Zeit wächst, ist beispielsweise folgende Lösung denkbar: Annahme: 40 Jahre, 1,5 Prozent BIP-Wachstum: Dank einer leichten Steigerung der Lohnprozente von 20 auf 22,1 Prozent bleibt die reale Rente konstant, und gleichzeitig steigt das Nettoeinkommen der Aktiven von 80'000 auf 140'000 Franken. Oder: Die Aktiven beanspruchen bei 1,5 Prozent Wachstum nur 1 Prozent Lohnsteigerung und treiben 0,5 Prozent an die Rentner ab. Resultat: Nach 40 Jahren steigen die Realeinkommen der Rentner und der Aktiven je von 80'000 auf 120'000 Franken pro Jahr.